

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 27. September 1957

Blatt 1916

Personenstands- und Betriebsaufnahme 1957 in Wien

=====

27. September (RK) Mit dem Stichtage 10. Oktober findet in Wien die Personenstands- und Betriebsaufnahme 1957 statt. Gleichzeitig mit der Ausgabe der Drucksorten für die Personenstands- und Betriebsaufnahme an die Grundstückseigentümer oder an ihre Vertreter werden Drucksorten zur Aufnahme der Wahl- und Stimmberechtigten und Erfassungsbogen zur Ermittlung der Wahrpflichtigen ausgegeben. Die Ausgabe erfolgt für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben A bis G am Dienstag, dem 1. Oktober, H bis M am Mittwoch, dem 2. Oktober, N bis R am Donnerstag, dem 3. Oktober und S bis Z am Freitag, dem 4. Oktober 1957.

Die Ausgabestellen für die Bezirke 1 bis 23 sind die Magistratischen Bezirksämter; für den Bereich Hadersdorf-Weidlingau die Auflagestelle Hadersdorf-Weidlingau, Hauptstraße 72.

Vorerhebungsblätter für die Zählung der in Haushalten gehaltenen Tiere werden ebenfalls ausgegeben.

- - -

Rundfahrt "Neues Wien"

=====

27. September (RK) Montag, 30. September, Route 3 mit Berücksichtigung des Pratersterns, der Venediger Au, der Siedlung Stadlau, des Reservegartens in Hirschstetten und der Schule in Kagan.

Abfahrt vom Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, um 14 Uhr.

- - -

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Oktober
=====

27. September (RK) Im Oktober sind nachstehende Abgaben fällig:

10. Oktober: Ankündigungsabgabe für September,
Getränkesteuer für September,
Gefrorenessteuer für September,
Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die
zweite Hälfte September.
14. Oktober: Anzeigenabgabe für September,
Ortstaxe für September.
15. Oktober: Lohnsummensteuer für September.
20. Oktober: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die
erste Hälfte Oktober.

- - -

Gesperrt bis 23.05 Uhr!

Interview mit dem neuen Finanzreferenten
=====

27. September (RK) Der neue Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen Felix Slavik, den der Wiener Gemeinderat heute in diese Funktion gewählt hat, wurde von Radio Wien "Echo - Nacht-ausgabe" interviewt. Um seine Stellungnahme zum kommunalen Wohnungsbau befragt, erklärte der neue Finanzreferent, es sei notwendig, daß das Verhältnis zwischen dem kommunalen und dem genossenschaftlichen Wohnungsbau im Einklang mit den Verdienstmöglichkeiten der breiten Masse der Bevölkerung steht. Je größer der Kreis jener wird, denen man zumuten kann, einen Beitrag für den Wohnungsbau zu leisten, desto größer kann auch der Anteil der genossenschaftlichen, bzw. Eigenheimwohnungen am gesamten Wohnungsbau sein. Der Anteil der zahlungsfähigen Bevölkerung läßt sich nur dann halbwegs richtig feststellen, wenn man den Lebensstandard der wohnbedürftigen Bevölkerung in Betracht zieht. Bei allen Berechnungen müssen jene außer Betracht bleiben, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen Situation ohne weiteres selbst für ihr

Heim sorgen können. Stadtrat Slavik vertrat die Auffassung, daß der genossenschaftliche Wohnungsbau so weit wie möglich gefördert werden soll, wobei der kommunale Wohnungsbau weiter aufrecht erhalten werden muß, um auch jenen Menschen die Möglichkeit zu bieten eine neue Wohnung zu erlangen, die wirtschaftlich nicht in der Lage sind, Baukostenanteile oder höhere Mieten zu bezahlen.

Zum Thema U-Bahn wies Stadtrat Slavik darauf hin, daß der Bau einer solchen nach Angaben der Fachleute etwa 6.000 bis 7.000 Millionen Schilling erfordern würde. Daß die Bevölkerung Wiens diesen Betrag nicht aufbringen kann, steht außer jedem Zweifel. Was die Möglichkeiten der Kreditaufnahme für ein solches Projekt anlangt, muß darauf hingewiesen werden, daß so große Summen, wie sie für den Bau einer U-Bahn erforderlich sind, im Inland in absehbarer Zeit kaum aufgebracht werden können. Bei Auslandsanleihen muß man immer wieder bedenken, daß man sie kaum ohne Bedingungen erhält. So weit also Auslandsanleihen sich darauf beschränken, Arbeitsaufträge an das Ausland zu vergeben, ergibt sich daraus kein Vorteil für die Wiener Bevölkerung. Es entsteht vielmehr die Gefahr, daß die heimische Industrie ihre Leute abbauen muß, weil Waggon- oder sonstige Aufträge an das Ausland vergeben werden müßten.

Die U-Bahn mit einer Trassenlänge von etwa 40 Kilometern könnte natürlich nur einen ganz kleinen Teil der Wiener Straßen entlasten, denn die gesamte Straßenlänge Wiens beträgt etwa 2.000 Kilometer. Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, daß derzeit an der Entwicklung von Schnellbahnen gearbeitet wird.

Was Kredite betrifft, so sollen solche ins Auge gefaßt werden, so weit sie erreichbar sind, wenn sich durch sie ein wirtschaftlicher Vorteil für die Wiener Bevölkerung ergibt. Kredite, die nur eine wirtschaftliche Belastung für die Wiener Bevölkerung bedeuten, oder Kredite, die an politische oder wirtschaftliche Bedingungen gegenüber dem Ausland gebunden sind, können der Wiener Bevölkerung nicht empfohlen werden. Als Beispiel führte der Finanzreferent an, daß ein Kredit, wie ihn die Wiener Gaswerke wünschen, überlegt werden kann, weil die Wiener Gaswerke mit Hilfe eines Kredites mehr Einnahmen erzielen könnten, die die Kreditspesen und

die Rückzahlung sichern.

Hinsichtlich der Lösung der Verkehrsprobleme wies Stadtrat Slavik auf die Verpflichtung des Bundes und dabei vor allem auf die ungerechte Behandlung Wiens bei der Verwendung des Bundeszuschlages zur Mineralölsteuer hin. Er erklärte, daß sich der Bund nicht weiterhin an den Wiener Verkehrsproblemen desinteressiert zeigen könne und es nicht angeht, daß das gesamte Steueraufkommen beim Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer außerhalb Wiens verwendet wird.

Als wichtigste und vordringlichste Probleme bezeichnete der neue Finanzreferent das Verkehrsproblem in seiner Gesamtheit und den Bau des Allgemeinen Krankenhauses.

- - -

Wiener Landtag
=====

27. September (RK) Der Wiener Landtag trat heute vormittag unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek zu seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause zusammen.

Im Einlauf befanden sich zwei Anträge der VO und ein Antrag der ÖVP: Die Abg. Lauscher, Kronberger und Genossen haben einen Antrag, betreffend Aufhebung des Betriebsaktionenverbotsgesetzes, die Abg. Lauscher, Dr. Christoph und Genossen einen Antrag, betreffend Einführung von Volksbegehren und Volksabstimmungen, eingebracht. Die Abg. Nora Hiltl, Dr. Wollinger, Prof. Bittner und Genossen stellten einen Antrag auf Abänderung des Landesgesetzes über den Religionsunterricht in den Schulen.

Beharrungsbeschluß für Wiener Garagengesetz

Den einzigen Tagesordnungspunkt bildete die neuerliche Vorlage des am 19. Juli 1957 beschlossenen Wiener Garagengesetzes, gegen das der Bund aus formalen Gründen Einspruch erhoben hatte.

Wie Stadtrat Afritsch berichtete, befürchtet der Bund eine verfassungs- und gesetzwidrige Vollziehung des Gesetzesbeschlusses. Die Bedenken der Bundesregierung sind aber völlig unbegründet, da die der Bundeskompetenz unterliegenden Angelegenheiten ausdrücklich vom Anwendungsbereich des Garagengesetzes ausgenommen wurden.

Gemäß dem Antrag des Berichterstatters wiederholte der Landtag - ohne Debatte - einstimmig seinen ursprünglich gefaßten Beschluß.

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

Felix Slavik zum Amtsführenden Stadtrat für Finanzwesen gewählt

27. September (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat im Anschluß an den Landtag der Wiener Gemeinderat zu einer Geschäftssitzung zusammen. Es lagen zwei Anfragen von der VO vor, ferner ein Antrag der VO, betreffend "die Vermeidung von Tarifierhöhungen bei den Wiener Verkehrsbetrieben" und betreffend "Erhöhung des Heizzuschusses für die Befürsorgten". Beide Anträge wurden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Gemeinderätin Antonia Platzer scheidet aus

Der Vorsitzende teilte mit, daß Gemeinderätin Antonia Platzer mit Schreiben vom 23. September ihr Mandat im Wiener Gemeinderat zurückgelegt hat. Als Ersatzmann wird Felix Slavik in den Gemeinderat einberufen. Nach Verlesung der Gelöbnisformel leistet Slavik das Gelöbniß "der Republik und der Stadt Wien unverbrüchliche Treue zu halten, die Gesetze voll zu beobachten und seine Pflicht als Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien gewissenhaft zu erfüllen".

Das Ausscheiden von Antonia Platzer nahm Bürgermeister Jonas zum Anlaß, ihre Verdienste zu würdigen. Er führte aus: "Antonia Platzer gehörte dem Gemeinderate der Stadt Wien, vornehmlich im Wohlfahrtswesen tätig, schon in jener Legislaturperiode an, die im Februar 1934 gewaltsam und verhängnisvoll ein vorzeitiges Ende gefunden hat. Elf Jahre lang blieb nach jenen traurigen Ereignissen die demokratische Selbstverwaltung unseres Gemeinwesens tot, bis im Dezember 1945 endlich wieder ein freigewählter Gemeinderat konstituiert werden konnte.

Auch Antonia Platzer war damals wieder zum Mitglied des Gemeinderates gewählt worden und setzte ihr öffentliches Wirken nunmehr als einer der Schriftführer im Gemeinderate und als Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für das Gesundheitswesen fort. In der darauffolgenden Legislaturperiode von 1949 bis 1954 bekleidete sie im gleichen Ausschuß das Amt des Vorsitzenden-Stellver-

treters, um dann in der gegenwärtigen Legislaturperiode wieder die Obmannstelle einzunehmen. Zwischendurch war sie aber in den Jahren 1946 bis 1949 auch im Gemeinderatsausschuß für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten tätig.

Wo immer sie wirkte, hat sie ihr bestes Wollen und ihre reichen Erfahrungen in den Dienst am allgemeinen Wohl gestellt. Sie hat sich dabei im ganzen Hause hohe Achtung erworben. Gerne erfülle ich daher eine selbstverständliche Pflicht, wenn ich der aus unserer Mitte scheidenden Frau Gemeinderat Antonia Platzer den aufrichtigen Dank des Gemeinderates und der Wiener Stadtverwaltung bekunde. Unsere besten Glückwünsche begleiten sie auf ihrem ferneren Lebensweg!" (Allgemeiner Beifall)

Der neue Stadtrat für Finanzwesen

Der Bürgermeister verlas hierauf das Schreiben von Stadtrat Resch, in dem er seinen Rücktritt mitteilte. (Siehe "Rathaus-Korrespondenz", Blatt 1852/53, vom 17. September 1957.) Als neuen Stadtrat hat die SPÖ Felix Slavik nominiert. Der Wahlvorschlag wird ohne die Stimmen der VO angenommen. Stadtrat Slavik erklärt, die Wahl in den Stadtsenat anzunehmen und leistete darauf das Gelöbnis "die Gesetze getreulich zu beobachten und seine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen".

Der Bürgermeister unterbricht hierauf die Sitzung, um dem Stadtsenat Gelegenheit zu geben, den Vorschlag für die Wahl des Amtsführenden Stadtrates der Geschäftsgruppe II, Finanzwesen, zu beschließen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird auf Vorschlag des Stadtsenates Stadtrat Slavik zum Amtsführenden Stadtrat für Finanzwesen gewählt. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Dank an Stadtrat Resch

Dem scheidenden Stadtrat Resch, der jedoch seinen Sitz im Wiener Gemeinderat behält, sprach nun Bürgermeister Jonas in herzlichen und würdigenden Worten den Dank der Stadtverwaltung für seine geleistete Arbeit aus. Der Bürgermeister sagte:

./.

"Nach der vollzogenen Wahl des neuen Stadtrates für das Finanzwesen obliegt es mir nun, dem Herrn Gemeinderat Johann Resch für sein bisheriges Wirken als Stadtrat zu danken. Ich tue dies nicht ohne innere Bewegung, weil mich mit ihm auch eine tiefe persönliche Freundschaft verbindet und ich sein außergewöhnlich ersprießliches Wirken ohne jeden Vorbehalt zu würdigen weiß.

Stadtrat Resch war zeit seines ganzen Lebens geradezu eine Verkörperung energischer Arbeitslust und mutiger Verantwortungsfreude. Seine Freunde - aber auch viele seiner Gegner, die scharfe Klängen mit ihm kreuzten - fühlen ihm daher die Schwere des Entschlusses nach, von seinem Amte zu scheiden. Er setzte stets die Sache, der er aus fester Überzeugung und mit reinem Willen diente, allen persönlichen Rücksichten voran, so lange voran, bis ihn der Rat seiner Ärzte und seine gesundheitlichen Beschwerden dennoch zur Schonung zwangen. Aber selbst unter diesen Umständen wäre er noch zu bewegen gewesen, weiter seinem schweren Amte vorzustehen - wenn es seine Freunde über sich gebracht hätten, jede Rücksicht auf das Leiden eines Menschen außeracht zu lassen.

Wir alle, meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates werden uns - wie ich glaube - in diesem Punkte einig sein, daß es unter allen Umständen auch hinsichtlich der Mandatare unsere oberste Aufgabe ist, in allen Entschlüssen den Menschen in den Vordergrund zu stellen. Einzig und allein aus diesem Gebote haben wir, wenn auch schweren Herzens, den Rücktritt des Herrn Amtsführenden Stadtrates Resch zur Kenntnis genommen.

Kein verantwortlicher Finanzverwalter, ob von dieser oder jener Partei, kann mit der Zufriedenheit aller Mitbürger rechnen, weil ja die wirtschaftlichen und sozialen Interessen innerhalb der einzelnen Volksschichten allzu unterschiedlich sind. Aber jeder Finanzverwalter in unserer Bundesrepublik hat nach den Spielregeln der Demokratie zu verfahren und für einen möglichst gerechten Ausgleich aller Interessen Sorge zu tragen. Und gerade das hat Johann Resch getan.

Geordnete und auf die Lebensbedürfnisse der Bevölkerung vernünftig abgestimmte Finanzen sind die echten Grundlagen jeder Verwaltung. In dieser Hinsicht war Johann Resch gewiß kein Neuerer, aber ein Mann, der seiner großen Vorgänger - Breitner und Danneberg - wenn auch unter veränderten Verhältnissen, durchaus würdig war.

Zehn Jahre lang, vom November 1947 bis heute, stand er umsichtig unserem Finanzwesen vor. Schon bei seinem Amtsantritte galt er als ein vorzüglicher Kenner der gesamten Wiener Gemeindeverwaltung und der städtischen Unternehmungen. Es ging ihm schon damals der Ruf eines vielerfahrenen Fachmannes in Verwaltungs- und Finanzfragen voraus. Er entwickelte sich zu einem der besten Kenner des österreichischen Finanzausgleiches und ist als wertvoller Mitarbeiter in großen wirtschaftlichen Körperschaften hochgeschätzt.

Erinnern wir uns, daß der Beginn seiner Tätigkeit als städtischer Finanzreferent in die Zeit der großen Währungsreform mit allen ihren schwierigen Problemen fiel. Nicht weniger groß waren aber auch die Aufgaben, die ihm in der Folge aus den fünf Lohn- und Preisabkommen erwachsen sind. Seine größte Leistung aber war es, in einer Zeit der allgemeinen Unsicherheit, wie es die bitteren Jahre nach dem Kriegsende waren, die finanziellen Grundlagen für das große Wiener Wiederaufbauwerk geschaffen zu haben. Dazu gehörte ein hohes Maß an Mut und Klugheit - und eine Festigkeit, deren Wurzeln in der hingebungsvollen Liebe unseres Freundes Resch zu unserer Stadt zu suchen sind. Soviel Arbeit kann man nur leisten, und dabei soviel Kritik nur ertragen, wenn man ein Wiener Patriot im besten Sinne des Wortes ist.

Was an Wiederaufbau in Wien geleistet wurde, ob auf dem Gebiete des sozialen Wohnungsbaues, der Schulen, Spitäler, der Fürsorge, oder im Bereiche des Verkehrswesen und in jenen der Geistes- und Körperkultur bleibt für immer mit seinem Namen verbunden. Und mit seinem Namen verbunden bleibt die Tatsache, daß Wien, die große Stadt im kleinen Land, den höchsten Grad an Vollbeschäftigung erreichte. Gerechtlieh entlohnte Vollbeschäftigung ist aber der Maßstab, an welchem die soziale Sicherheit, der Wohlstand und das Glück eines Volkes zu messen ist.

So bekenne ich, daß ich das Scheiden des bisherigen Finanz-

referenten aus dem Wiener Stadtsenat schmerzlich empfinde. Doch bleibt immerhin die tröstliche Genugtuung, daß er diesem Forum, dem Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien, auch noch weiterhin mit seinen reichen Erfahrungen dienen wird.

Mit/^{meinem}tiefempfundenen Dank an den scheidenden Stadtrat für das Finanzwesen verbinde ich aber auch die zuversichtliche Erwartung, daß er in Stadtrat Felix Slavik einen Nachfolger von gleicher Gewissenhaftigkeit findet!" (Allgemeiner starker Beifall.)

Es erfolgte sodann die Wahl je eines Mitgliedes für den Gemeinderatsausschuß für Finanzwesen und für Gesundheitswesen. Im Finanzausschuß war diese Stelle durch die Rücklegung des Gemeinderates Dr. Jakl erforderlich geworden, im Gemeinderatsausschuß für Gesundheitswesen durch den Mandatsverzicht von Antonia Platzer. Für den Gemeinderatsausschuß für Finanzen wurde Stadtrat Felix Slavik, für den Gemeinderatsausschuß für Gesundheitswesen Gemeinderat Dr. Jakl ohne die Stimmen der VO gewählt.

Über den letzten Punkt der Tagesordnung, den Ankauf von Grundstücken in Hadersdorf von der Georg Kellermannschen Kinderspitalstiftung, referierte Gemeinderat Glinz (SPÖ). Es handelt sich hierbei um Grundstücke im Ausmaß von 44.801 Quadratmetern, die zur Hauptsache im Wald- und Wiesengürtel liegen und zur Erhaltung des Grünlandes von der Gemeinde angekauft werden sollen. Außerdem wird dadurch eine Geldforderung der Stadt Wien an die Stiftung zum Erlöschen gebracht. Der Grundkauf wurde einstimmig beschlossen.

Alle anderen auf der Tagesordnung stehenden Geschäftsstücke wurden ohne Debatte angenommen.

- - -

Der scheidende Finanzreferent
=====

27. September (RK) Johann Resch wurde am 11. November 1890 als Sohn eines Kaufmannes in Pottschach, Niederösterreich, geboren. Nach Absolvierung der Volks- und Realschule trat er schon 1910 als Beamter im damaligen Konskriptionsamt in den Dienst der Gemeinde Wien. 1915 mußte er einrücken und machte den ersten Weltkrieg als vielfach ausgezeichnete Reserveoffizier mit. Ende 1918 trat er

wieder seinen Dienst im Konskriptionsamt des Bezirksamtes Meidling an und wurde von seinen Kollegen zum Hauptvertrauensmann des Bezirksamtes gewählt. Stadtrat Resch, der schon seit seiner frühesten Jugend der sozialistischen Arbeiterbewegung angehört, wirkte auch im Arbeiterrate des Bezirkes Meidling mit, vorerst als Schriftführer, bald darauf aber als erster Obmann dieser Organisation. In der sozialdemokratischen Bezirksorganisation bekleidete er die Stelle eines Sektionsleiters. Gemeinsam mit dem später im Konzentrationslager Auschwitz ermordeten Gemeinderat Reismann hat er die Sozialdemokratische Unterrichtsorganisation dieses Bezirkes wieder aufgebaut. Er wirkte noch lange Jahre in der Parteiorganisation seines Bezirkes, bis er schließlich seine politische Betätigung wegen der Übernahme leitender wirtschaftlicher Funktionen aufgeben mußte.

Schon 1920 berief ihn Breitner in das Rathaus und übertrug dem jungen Beamten die Aufgabe, die Vorschriftung und Einhebung der vom Landtag neu beschlossenen Fürsorgeabgabe in ganz Wien einzurichten, welche Aufgabe er auch mit großem Erfolge erfüllte. Auch in den folgenden Jahren arbeitete er ununterbrochen im Auftrage Breitners als Reorganisator verschiedener Ämter und Betriebe. Unter anderem reorganisierte er mit großem Erfolg das Exekutionsamt, den Sanitätsbetrieb, die Verwaltung des Stadtschulrates, der Wasserwerke und des Erhebungsdienstes, er organisierte die neu eingeführte staubfreie Kehrichtabfuhr und die Verwaltung der neu aufgestellten Gemeindewache. 1927 entsendete ihn die Gemeindeverwaltung in die Direktion der Verkehrsbetriebe mit dem Auftrag, den schwer passiven Betrieb in Ordnung zu bringen. Auch diese schwierige Aufgabe bewältigte er mit ausgezeichnetem Erfolg. Er schuf ganz neue Arbeits- und Dienstverträge, durch die große Personaleinsparungen erzielt wurden, regelte die Lohnverhältnisse und bewirkte damit die wirtschaftliche Gesundung des Betriebes. 1930 wurde er als Direktor in das Direktorium der Verkehrsbetriebe berufen und verblieb leitender Direktor des Unternehmens bis zum politischen Umbruch 1934. Von der faschistischen Verwaltung seines Dienstes enthoben und pensioniert, arbeitete er von 1934 bis 1945 in privaten Betrieben und war ab 1940 als Einzelprokurist eines Fabriksunternehmens tätig.

Nach der Befreiung Wiens 1945 berief ihn die Gemeindeverwaltung wieder zum Direktor der Verkehrsbetriebe, wo es ihm in kurzer Zeit gelang, den fast völlig zerstörten Betrieb wieder in Gang zu bringen. Ende 1946 wurde er mit der Errichtung der Stadtwerke beauftragt und zu deren ersten Generaldirektor ernannt. Im November 1947 wählte ihn der Wiener Gemeinderat zum Amtsführenden Stadtrat für Finanzen. Sein mit großer Energie durchgesetzter Grundsatz, die Verwaltung so sparsam wie möglich zu führen, war die finanzielle Grundlage der großen Investitionen, die den raschen Wiederaufbau und Ausbau der Stadt möglich machten. Daß die Stadt trotz der grossen Kriegsschäden und der Besetzung durch fremde Mächte an Wohn-, Schul-, Kindergärten-, Brücken-, Straßen-, Gärten-, Wasser- und sonstigen Tief- und Hochbauten mehr leisten konnte als in der gleichen Zeit nach dem ersten Weltkrieg verdankt sie der korrekten und sparsamen Finanzgebarung ihres Finanzreferenten.

Schon 1945 wurde Stadtrat Resch von der Sozialistischen Partei in die Kreditlenkungscommission der Bundesregierung entsendet. Seit November 1951 ist Stadtrat Resch Mitglied des Parteivorstandes der Sozialistischen Partei Österreichs. Nach Schaffung des zweiten Verstaatlichungsgesetzes (1947) wurde er zum ersten Vizepräsidenten der Verbundgesellschaft bestellt, welche Stelle er noch heute bekleidet. 1948 wurde er in den Aufsichtsrat der Eisenholding und 1949 in den Aufsichtsrat der Kohlenholding berufen und gehört diesen Gesellschaften noch heute an. Von 1947 bis 1950 war er Mitglied des Vorstandes der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien und Obmann ihrer Verkehrssektion. 1951 wurde er von der Bundesregierung zum Generalrat und mit 1. März 1952 zum ersten Vizepräsidenten der Nationalbank bestellt. Diese zwei Funktionen mußte er mit dem Inkrafttreten der neuen Statuten der Nationalbank wegen Inkompatibilität mit seiner Stellung eines Mitgliedes der Wiener Landesregierung 1956 aufgeben. Im September 1956 wurde er zum ersten Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Österreichischen Mineralölverwaltung A.G. gewählt.

Der neue Finanzreferent
=====

27. September (RK) Felix Slavik, der am 3. Mai 1912 in Wien geboren wurde, erlernte das Handwerk eines Feinmechanikers.

Von Februar bis Mai 1935 und von November 1939 bis Dezember 1943 war er aus politischen Gründen inhaftiert.

1945 wurde er Amtsführender Stadtrat für das Wohnungswesen in Wien. In dieser Funktion führte er oft sehr schwierige Verhandlungen mit den Besatzungsmächten.

1946 wurde er Mitglied des Bundesrates und gleichzeitig erster Sekretär des Österreichischen Städtebundes. In Ausübung dieser Funktion wurde er mit dem Neuaufbau des Städtebundes betraut. Als Vertreter des Städtebundes nahm er auch an allen Verhandlungen über Finanzprobleme zwischen Bund, Ländern und Gemeinden teil. Beim Zustandekommen des ersten Finanzausgleiches hat er maßgeblich mitgewirkt. Im Bundesrat befaßte er sich hauptsächlich mit kommunalen Problemen und war daher auch Mitglied des 26er-Ausschusses.

1948 wurde er zum Sekretär der Landesorganisation Wien der Sozialistischen Partei Österreichs bestellt.

1949 wurde Felix Slavik in den Nationalrat entsandt. Als solcher war er Mitglied des Finanz- und Budgetausschusses, des 26er-Ausschusses und weiterer Ausschüsse. Im Parlament beschäftigte er sich dauernd mit den Problemen des Finanzausgleiches und mit wichtigen kommunalpolitischen Fragen, so zum Beispiel mit der Bodenbeschaffung, der Assanierung, mit dem Mieten- und Kündigungsproblem usw.

Seit dem Jahre 1949 ist er auch ständiges Mitglied des politischen Verhandlungsausschusses im Wiener Rathaus.

Am 27. September 1957 wurde Felix Slavik Wiener Gemeinderat und von dieser Körperschaft zum Amtsführenden Stadtrat für Finanzwesen gewählt.

Autobuslinie 6 wieder normal
=====

27. September (RK) Ab Samstag, den 28. September, an fahren ab 13 Uhr die Autobusse der Linie 6 nach Beendigung des Umbaus der Währinger Straße wieder durchgehend über die alte Fahrstrecke in der Währinger Straße; diese Fahrstrecke gilt nunmehr auch wieder für die Autobus-Nachtlinie G.

- - -

Pferdenachmarkt vom 26. September
=====

27. September (RK) Inland kein Auftrieb. Auslandsschlachthof: 34 Pferde aus Jugoslawien, Preis 6.- bis 6.50 S.

- - -

Rotes Kreuz eröffnete Blutspenderzentrale
=====

27. September (RK) Die seit fünf Jahren vom Landesverband vom Roten Kreuz für Wien und Niederösterreich angestrebte Errichtung eines freiwilligen Blutspendedienstes geht nun mit der Inbetriebnahme der Blutspendezentrale in der Peregringasse in Erfüllung. Sie wurde heute vormittag in einer Festsitzung im Billrothhaus ihrer Bestimmung übergeben. Zugleich wendet sich das Rote Kreuz an die Öffentlichkeit mit einem Aufruf zum Blutspenden auf freiwilliger Basis. Die Blutkonserven werden an die Krankenanstalten gegen Ersatz der Selbstkosten weitergeleitet.

In Vertretung des Amtsführenden Stadtrates für das Gesundheitswesen beglückwünschte Stadtrat Dkfm. Nathschläger das Rote Kreuz zur Schaffung des neuen Institutes. Er verwies darauf, daß die Gemeinde Wien vor Jahren, als die Männer vom Roten Kreuz an sie mit dem Ersuchen um Unterstützung beim Bau einer Blutspendezentrale in Wien herangetreten sind, einen Baugrund in der Lazarettgasse kostenlos zur Verfügung stellte. Sie tat es in Erkenntnis der Bedeutung

einer solchen Einrichtung. Bei der steigenden Zahl der Unfälle in Wien wird dem freiwilligen Blutspenderdienst eine bedeutende Aufgabe zukommen. Allein bei den Wiener Verkehrsbetrieben ereigneten sich im vergangenen Jahr 4.180 Unfälle mit 602 Verletzten. Wenn sich auch erfreulicherweise die Häufigkeit der Verkehrsunfälle bei den Verkehrsbetrieben gegenüber dem Jahr 1937 nicht wesentlich erhöht hat, nahm die Zahl der Verletzten um 73 Prozent zu.

Wie die Vertreter des Roten Kreuzes, Präsident Kurtics und Prof. Dr. Schürer-Waldheim ausführten, entspricht die Zentrale in der Peregringasse allen modernen Anforderungen. Die Blutabnahmen in den einzelnen Bezirken Österreichs werden durch Entsendung eines für diesen Zweck ausgestatteten Sanitätswagens durchgeführt. Die Einrichtung der Blutspendezentrale leitete der Innsbrucker Arzt Dr. Reissigl, der auch zu ihrem provisorischen Leiter bestellt wurde.

- - -